

25. Juni 2024

ver.di NRW begrüßt Streichung der Laufbahndifferenzierung und lehnt Anhebung der Altersgrenze für Feuerwehrbeamtinnen und -beamte weiter ab

Mit einem Änderungsantrag (18/9709) haben die Fraktionen von CDU und Grünen dem Landtag heute eine Neuregelung der Altersgrenze für Beamtinnen und Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes der Kommunen und des Landes vorgelegt. Demnach sollen Feuerwehrbeamte aller Laufbahngruppen, nach Ende einer Übergangsfrist, künftig bis zum Vollendeten 61. Lebensjahr arbeiten. Damit wird die Altersgrenze für viele Beamtinnen und Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes der Kommunen um 1 Jahr angehoben. Im Entwurf des Innenministeriums war eine Anhebung der Altersgrenze differenziert nach Laufbahngruppen auf 61 in der Laufbahngruppe 1.2 und 62. In den Laufbahngruppen 2.1 und 2.2 vorgesehen. SPD und FDP hatten im Innenausschuss angekündigt, weiter für die Beibehaltung der Altersgrenze von 60 einzutreten.

„Wir begrüßen, dass die Fraktionen von CDU und Grünen den Plan des Innenministers aufgegeben haben, bei der Altersgrenze nach Laufbahngruppen zu differenzieren. Allerdings lehnen wir weiterhin die geplante Anhebung der Altersgrenze für Feuerwehrbeamt*innen ab,“ so Tjark Sauer, Gewerkschaftssekretär für den Fachvorstand Feuerwehr von ver.di NRW.

“Wir sind enttäuscht, dass CDU und Grüne nicht bereit sind, bei 20 Einsatzdienstjahren die Möglichkeit zu schaffen, weiterhin mit Vollendung des 60. Lebensjahres in Ruhestand zu treten.“

Bis zuletzt hatte ver.di auf die besonderen Anforderungen in der Tätigkeit hingewiesen, um darzulegen, dass die Altersgrenze von 60 auch weiterhin geboten ist. Hunderte von Feuerwehrleuten hatten sich an Aktionen der Gewerkschaften vor dem Landtag beteiligt.

Anhand von Gesundheitsdaten von Feuerwehrbeamt*innen wurde dem Innenausschuss zuletzt in einer Sachverständigenanhörung durch ver.di dargelegt, dass die Krankenquoten und Krankheitszeiten ab 55 deutlich zunehmen. Weshalb nicht davon auszugehen sei, dass Feuerwehrleute bei einer Anhebung länger zur Verfügung stünden, vielmehr verschärfe eine Anhebung die Personalsituation, weil Stellen nicht zur Wiederbesetzung frei seien. Auch andere Sachverständige hatten sich kritisch zur geplanten Anhebung geäußert.

Mehr Infos: ver.di Feuerwehr NRW

